

!!! ACHTUNG !!! Status Protokoll: Vorläufig !!! ACHTUNG !!!

Protokoll

Gremium: **Rat**
Datum: **Donnerstag, 19. März 2026, um 17:00 Uhr**
Ort: **Ratssaal des Rathauses Helmstedt, Markt 1, 38350
Helmstedt**



Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Heister-Neumann, Elisabeth	Moshagen, Immo
Struempel, Uwe	Müller, Yvonne
Ahrendts, Tatjana	Niemann, Margrit
Ahrendts, Verena	Radeck, Kathleen
Bosse, Cornelia	Reinhold, Stefan
Diedrich, Friedrich-Wilhelm	Rippel, Egbert
Dinter, Norbert	Romba, Christian
Fox, Andreas	Ryll, Martin
Friedrich, Florian	Schadebrodt, Petra
Girod, Alexandra	Schmidt, Christian
Grune, Margit	Schünemann,
Henke, Jean-Pierre	Hans-Jürgen
Johann, Carsten	Traumann, Claudius
Kara, Ferhat-Atilgan	Waterkamp, Axel
Lickfett, Uwe	Dr. Weferling, Stefan
Matar, Ronald	Wendt, Karin
Meyer-Sorge, Rudolf Jannik	Winkelmann, Wilfried

Bürgermeister Wittich Schobert
Erster Stadtrat Henning Konrad Otto
Claudia Löw (Gleichstellungsbeauftragte)
Protokollführer Jens Schulze
.
4 Pressevertreterinnen und
Pressevertreter
9 Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeister/in

Ratsvorsitzende/r

Protokollführer/in

Durchschnittliche Zahl der Zuschauer im Internet: 35

Tagesordnung - Öffentliche Sitzung

TOP 1		Eröffnung der Sitzung
TOP 2		Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
TOP 3		Feststellung der Tagesordnung
TOP 4		Einwohnerfragestunde
TOP 5		Fragestunde des Rates
TOP 6		Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses
TOP 7	<u>V024/26</u>	Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Büddenstedt Herrn Matthias Mosenheuer
TOP 8	<u>V044/26</u>	Annahme von Zuwendungen durch den Rat
TOP 9	<u>V028/26</u>	Überschreitung des Teilhaushaltes 66 für das Haushaltsjahr 2025
TOP 10	<u>V040/26</u> <u>V040a/26</u>	Überschreitung des Teilhaushaltes 54 für das Haushaltsjahr 2025
TOP 11	<u>V004/26</u> <u>I010/26</u>	1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026
TOP 12	<u>V136/25</u>	Grünflächenkonzept Stadt Helmstedt
TOP 13	<u>V012/26</u> <u>V012a/26</u>	Festlegung der strategischen Ziele für den Haushalt 2027
TOP 14	<u>V017/26</u>	Festlegung der wesentlichen Produkte für den Haushalt 2027
TOP 15	<u>V018/26</u> <u>V018a/26</u>	Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2027
TOP 16	<u>V002b/26</u>	Umsetzung des Kommunalen Wärmeplans - Erste Maßnahmen für 2026 - Beschreibung zur Planung der zentralen Wärmeversorgung des Conringviertels; - abgesetzt -
TOP 17	<u>V038/26</u> <u>V038a/26</u> <u>V038b/26</u>	Stadtsanierung Helmstedt; Sanierung "Nordwestliche Altstadt" - Beschluss über die Fortschreibung der Voruntersuchung/ des Integrierten Entwicklungskonzeptes (ISEK)
TOP 18	<u>V043/26</u>	Abwasserentsorgung Helmstedt (AEH); Beitrittsbeschluss zur Teilgenehmigung des Haushalts 2026; Kürzung der Kreditemächtigung für Investitionsmaßnahmen
TOP 19		Bekanntgaben
TOP 19.1	<u>B008/26</u>	Vorfahrtregelung und Tempo-30-Zonen Leuckartstraße und Gartenstraße
TOP 19.2	<u>B010/26</u>	Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Bereich der KiTa St. Ludgeri
TOP 19.3	<u>B006/26</u>	Vorläufiges Jahresergebnis 2025
TOP 19.4	<u>B017/26</u>	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen im Haushaltsjahr 2025
TOP 19.5	<u>B016/26</u>	Übertragung von Ermächtigungen / Haushaltsresten in das Jahr 2026
TOP 19.6	<u>B001/26</u>	Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026
TOP 19.7	<u>B003/26</u>	Ausschreibung der Planung für den Rathausplatz und -spielplatz in Büddenstedt
TOP 20		Einwohnerfragestunde
TOP 21		Schließung des öffentlichen Teils der Ratssitzung

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ratsvorsitzende Frau Elisabeth Heister-Neumann eröffnet um 17:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates der Stadt Helmstedt und begrüßt die Ratsmitglieder, die Mitglieder der Verwaltung sowie die Presse und die Gäste.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Heister-Neumann stellt die ordnungsgemäße Ladung und auch die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Helmstedt fest, nachdem der Protokollführer die Anwesenheit der Ratsmitglieder festgehalten hat. Zu diesem Zeitpunkt sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schobert erklärt, dass der TOP 16 - "Umsetzung des Kommunalen Wärmeplans - Erste Maßnahmen für 2026 - Beschreibung zur Planung der zentralen Wärmeversorgung des Conringviertels" - verwaltungsseitig von der Tagesordnung abgesetzt wird, da dieser auch in der Sitzung des Verwaltungsausschusses abgesetzt und somit nicht vorberaten wurde.

Frau Heister-Neumann lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Diese wird einstimmig angenommen. Sodann stellt sie die geänderte Tagesordnung fest.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Den teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohnern wird Gelegenheit gegeben, sich zu den Tagesordnungspunkten und zu sonstigen Angelegenheiten der Gemeinde zu äußern, sowie Fragen an die Ratsmitglieder und die Verwaltung zu stellen. Hiervon wird in zwei Fällen zu den Themen "Tierheim Helmstedt" und "Durchführung von Bürgermeistersprechstunden" Gebrauch gemacht.

Herr Schobert beantwortet ausführlich die gestellten Fragen.

TOP 5 Fragestunde des Rates

Herr Moshagen fragt, ob das ehem. Invitel-Gelände am Büddenstedter Weg noch von Invitel oder einem Nachfolgeunternehmen genutzt wird. Der äußere Zustand der Gebäude sei schlecht und bietet einen unattraktiven Zugang zum Lappwaldsee.

Herr Schobert antwortet, dass sich der ursprüngliche Nutzungszweck auf dem Gesamtgelände wesentlich verringert habe. Die Stadt steht mit dem Eigentümer in einem sehr intensiven Austausch über eine künftige Nutzung des Geländes. Es finde eine Konzeptentwicklung statt.

Herr Traumann geht auf die neue Verkehrssituation an der Kita St. Ludgeri ein. Zwischen den Tempo 30 Zonen in der Leuckartstraße und im Bereich der Kita St. Ludgeri bestehe ein großer Unterschied. Im Bereich Magdeburger Tor / Harbker Weg wurde neben der Geschwindigkeitsreduzierung auch die Vorfahrtsregelung auf "rechts vor links" geändert. Dies führe zu einem Chaos in dem Kreuzungsbereich. Er fragt, ob die Einrichtung von der Verwaltung evaluiert wird. Aus seiner Sicht wäre es sinnvoller gewesen, lediglich 30 km/h Schilder aufzustellen und die Vorfahrt nicht zu ändern.

Herr Schobert antwortet, dass die Verwaltung die Situation evaluieren werde. Auslösender Punkt für die Verkehrsänderung war eine Unterschriftenaktion der Bediensteten und der Eltern der Kita St. Ludgeri. Man beobachte die Situation weiter. Die ersten Tage waren für viele Verkehrsteilnehmer unübersichtlich und somit schwierig. Man könne jedoch feststellen, dass sich die Geschwindigkeit insgesamt verringert habe. Man werde nach vier Wochen die Situation bewerten.

TOP 6 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Zu diesem TOP hatte der Bürgermeister nichts zu berichten.

TOP 7 Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Büddenstedt Herrn Matthias Mosenheuer

V024/26

Frau **Kathleen Radeck** trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen sodann einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Der Erste Hauptfeuerwehrmann Matthias Mosenheuer wird mit Wirkung vom 11.04.2026 unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Dauer von sechs Jahren zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Büddenstedt ernannt.

TOP 8 Annahme von Zuwendungen durch den Rat

V044/26

Frau **Karin Wendt** trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen sodann einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Die in der Vorlage 044/2026 aufgeführte Zuwendung wird angenommen.

TOP 9 Überschreitung des Teilhaushaltes 66 für das Haushaltsjahr 2025

V028/26

Herr **Florian Friedrich** trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen sodann einstimmig - bei einer Enthaltung - den nachfolgenden

Beschluss

Der Überschreitung des Budgets 66 aufgrund von Mindererträgen und Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt 540.368,02 Euro im Haushaltsjahr 2025 wird gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge des Produktes 3651 - Kindertagesstätten auf dem Sachkonto 3141000 - Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land.

TOP 10 Überschreitung des Teilhaushaltes 54 für das Haushaltsjahr 2025

V040/26

V040a/26

Herr **Ferhat-Atilgan Kara** trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen sodann einstimmig - bei einer Enthaltung - den nachfolgenden

Beschluss

Der Überschreitung des Budgets 54 aufgrund von Mindererträgen und Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt 141.898,43 Euro im Haushaltsjahr 2025 wird gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge des Produktes 3119 - Verwaltung der Sozialhilfe auf dem Sachkonto 3141000 - Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land.

TOP 11 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026

V004/26

I010/26

Frau **Petra Schadebrodt** trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Romba bringt einen Änderungsantrag ein, der als Datei I010/26 dem TOP angefügt wurde. Er weist speziell darauf hin, dass die Zusage von städtischen Mitteln zunächst erst einmal für das Jahr 2026 gilt.

Herr Meyer-Sorge zeigt sich erstaunt über die Einbringung des Antrages durch die Gruppen CDU/Bündnis 90 Die Grünen und FDP/HWG. In der Sitzung des Finanzausschusses am 10.03.2026 wurde der Antrag auf Bezuschussung der Caritas von seiner Gruppe SPD/Die Linke eingebracht, jedoch wurde dieser mit den Stimmen der Gruppe CDU/Bündnis 90 Die Grünen abgelehnt. Es wurde in dem Zusammenhang auch nach einem Gegenfinanzierungsvorschlag gefragt. Der Antrag der Caritas ist vom 20.02.26. Er hätte sich gewünscht, dass die Verwaltung diesen Antrag selbstständig eingebracht hätte. Trotz dieser Tatsachen werde seine Gruppe dem Antrag zustimmen.

Frau Schadebrodt stellt heraus, dass alle Fraktionen und Gruppen die Projektarbeit der Caritas unterstützen wollen. Die Gemeinwesenarbeit sei für die Stadt Helmstedt sehr wichtig. Stadtentwicklung dürfe nicht nur in Form von Baumaßnahmen erfolgen, sondern auch die Menschen, die in der Stadt leben, müssen mitgenommen und einbezogen werden. Vor dem Hintergrund der hohen Schulden im städtischen Haushalt hält ihre Gruppe es für angemessen, dass für die Folgejahre erst einmal Drittmittel generiert werden sollten. Im Notfall könnten aber die erforderlichen Gelder in den städtischen Haushalt eingeplant werden, damit die Projekte fortgeführt werden können. Der Gruppe SPD/Die Linke gebühre ein großer Dank, denn sie hat die fehlende Finanzierung des Caritas Projektes überhaupt erst thematisiert. Sie hat damit ermöglicht, dass es eine Fortsetzung geben wird. Allerdings lag auch der Verwaltung der Antrag der Caritas auf Zuschussmittel zur Fortführung ihres Projektes bereits am 20.02.26 vor. In diesem Fall hätte sie erwartet, dass die Verwaltung für die anstehenden Beratungen zum Nachtragshaushalt eine Beschlussvorlage erstellt. Es wäre bis zum Finanzausschuss am 10.03. genügend Zeit gewesen. Sie hofft und fordert die Verwaltung auf, dass in zukünftigen Fällen gehandelt wird, indem sie einen Antrag aktiv aufgreift und den Ratsmitgliedern zur Beratung und Beschlussfassung vorlegt.

Herr Schobert äußert sich zu den zuvor geäußerten Bedenken bezüglich der Einbringung des Antrags der Gruppe SPD/Die Linke im Finanzausschuss. Er kritisiert die kurzfristige Antragstellung und plädiert dafür, zukünftig Anträge frühzeitig bekannt zu geben, um eine ordentliche politische Beratung zu ermöglichen. Er betont, dass die Verwaltung ausreichend Zeit zur Prüfung und Vorbereitung von Vorlagen benötigt. Er wirft den Antragstellern vor, die Verwaltung durch die späte Antragstellung unter Druck gesetzt zu haben und argumentiert, dass der Antrag nur aufgrund des Nachtragshaushalts überhaupt behandelt werden könne. Trotz seiner Kritik werde er dem Antrag zustimmen.

Herr Ryll bestätigt die Aussage von Herrn Meyer-Sorge, dass die Thematik bereits im Finanzausschuss behandelt wurde. Er betont jedoch, dass die Gruppe CDU/Bündnis 90 Die Grünen zu diesem Zeitpunkt noch nicht über den gleichen Wissensstand verfügte wie die anderen Fraktionen und Gruppen, da sie erst am vergangenen Montag mit Herrn Isensee gesprochen hatten. Herr Ryll lobt die anderen Fraktionen für ihren Dialog mit Herrn Isensee und das damit verbundene Wissen über die Vernetzungsmöglichkeiten des Altstadtbüros und des neuen Stadtteilbüros Coni. Er schließt seine Ausführungen mit der Feststellung, dass alle Beteiligten das gleiche Ziel verfolgen, nämlich die Förderung des Projekts, und dass eine zeitlich bessere Planung für die Zukunft wünschenswert sei.

Herr Dinter nimmt an der Ratssitzung teil.

Herr Moshagen wendet sich an den Rat und kritisiert den Vorwurf, er habe mit einem Überraschungsantrag im Finanzausschuss gearbeitet. Er argumentiert, dass im Rat häufiger mit Überraschungsanträgen verfahren werde als in Ausschüssen. Herr Moshagen erklärt, dass die Caritas ihren Antrag zu spät gestellt habe, sodass die Verwaltung keine Vorlage erstellen konnte. Da der Nachtragshaushalt nun aber beraten werde, sei ein früherer Antrag als im Finanzausschuss nicht möglich gewesen. Er begrüßt zwar den Sinneswandel der anderen Gruppen, mahnt aber zur Verantwortung und plädiert für eine Zusage der vollen Förderungssumme von 18.000 Euro für die Caritas.

Herr Hans-Jürgen Schünemann äußert seine Verwunderung darüber, dass die Gruppe CDU/Bündnis 90 Die Grünen einen Antrag eingebracht hat, über den in den anderen Fraktionen und Gruppen zuvor nicht beraten werden konnte. Er erinnert daran, dass es in der Vergangenheit üblich war, dass eine einbringende Fraktion bzw. Gruppe auf Beratungsbedarf einer anderen Fraktion bzw. Gruppe reagierte und den Antrag zurückzog oder gemeinsam weiterbearbeitete. Herr Schünemann bedauert, dass dies im aktuellen Fall nicht geschehen ist und fragt sich, warum die Gruppe CDU/Bündnis 90 Die Grünen diesen Weg nicht gewählt hat.

Frau Heister-Neumann stimmt Herrn Schünemann zu und betont, dass der Bürgermeister das Recht haben sollte, sich zu Vorwürfen zu äußern. Sie fügt hinzu, dass es Konsens darüber gebe, die Caritas weiter zu unterstützen, jedoch Uneinigkeit darüber bestehe, wie dies im Nachtragshaushalt umgesetzt werden soll. Sie erwähnt noch einmal den Antrag, der von Herrn Romba eingebracht wurde und fragt, ob es weitere Anträge gibt.

Herr Meyer-Sorge fordert die Absicherung von 10.000 Euro für die Caritas auch in den kommenden zwei Jahren, entweder über den Nachtragshaushalt oder spätestens im Haushalt 2027.

Herr Schobert betont, dass eine Beschlussfassung über die Finanzierung der Caritas nur für das laufende Jahr eine rechtliche Verbindlichkeit schafft. Er verdeutlicht, dass erst mit dem Haushalt 2027 weitere Summen verbindlich zugesagt werden können. Er möchte damit sowohl den anderen Ratsmitgliedern als auch der Caritas die Sachlage klarmachen und betont, dass man sich zwar auf weitere Zahlungen verlassen könne, aber nur der Betrag von 2.500 Euro für das Jahr 2026 rechtlich bindend sei.

Frau Heister-Neumann lässt zunächst über den von Herrn Romba vorgetragenen Änderungsantrag abstimmen. Dieser wird einstimmig angenommen.

Sodann fassen die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Gemäß § 115 NKomVG wird die 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 in der beratenen Fassung erlassen.

TOP 12 Grünflächenkonzept Stadt Helmstedt

V136/25

Herr **Wilfried Winkelmann** trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz habe das Konzept im März positiv bewertet, mit Ausnahme der Bepflanzung des Konrad-Adenauer-Platzes, da Bedenken hinsichtlich der Aufstellung von Wahlplakaten bestehen. Die Entscheidung über die Bepflanzung solle daher erst im Herbst getroffen werden.

Frau Schadebrodt dankt für das gelungene Grünflächenkonzept und lobt die Arbeit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bereichen Klimaschutz und Betriebshof. Sie hebt die positiven Veränderungen in der Stadt durch Blühstreifen und Pflanzungen hervor. Frau Schadebrodt begrüßt das neue Konzept als wichtigen Schritt für das Klima und die Aufenthaltsqualität, sieht jedoch die geplanten Vorschriften für private Grundstücke kritisch und plädiert stattdessen für Information und Aufklärung. Da konkrete Entscheidungen zu diesem Punkt noch nicht anstehen, unterstützt die FDP die Beschlussvorlage der Verwaltung insgesamt.

Herr Winkelmann beantragt eine Änderung bezüglich der Bepflanzung des Konrad-Adenauer-Platzes. Er argumentiert, dass die Plakataufstellung der "Wesselmänner" durch die geplante Bepflanzung beeinträchtigt werden könnte. Da der Rat erst Ende Oktober über die Art der Bepflanzung entscheiden soll, schlägt er vor, die Bepflanzung auf Anfang Oktober zu verschieben und die Entscheidung der Verwaltung zu übertragen. Er begründet dies mit dem Fachwissen der Umwelta Abteilung und der Möglichkeit einer schnelleren Umsetzung im Frühherbst.

Herr Schobert bedankt sich für das Lob an die Verwaltung und begrüßt den Antrag von Herrn Winkelmann. Er möchte das Thema Konrad-Adenauer-Platz bereits im nächsten Quartal in den Sitzungsdurchlauf aufnehmen, da es sich um eine sensible Frage handelt. Herr Schobert plädiert für eine naturnahe Umgestaltung des Platzes, was seiner Meinung nach dazu führen würde, dass keine Wahlplakate mehr aufgestellt werden könnten. Er sieht darin einen Konflikt zwischen der Notwendigkeit

von Wahlwerbung und dem Schutz einer naturnahen Gestaltung. Er schlägt vor, im zweiten Quartal eine endgültige Entscheidung zu treffen, um im Oktober Maßnahmen zur Umgestaltung umsetzen zu können.

Herr Fox begrüßt das Grünflächenkonzept als notwendigen Schritt, um den Problemen von Hitzeinseln, ökologischer Verarmung und Wassermanagement entgegenzuwirken. Er lobt die Verwaltung für die Entwicklung und Umsetzung des Konzepts unter Berücksichtigung der Kosten. Er räumt ein, dass die Umstellung zu mehr Natur auch optische Veränderungen mit sich bringe, die Akzeptanz sowohl bei den Bürgern als auch bei der Stadt selbst erfordern. Er sieht die Bürger in der Verantwortung, sich an der Gestaltung der Grünflächen zu beteiligen und nennt Beispiele wie die Umwandlung von Schotterflächen in Grünflächen. Abschließend unterstützt er die Idee des Bürgermeisters, im Sommer über eine naturnahe Bewirtschaftung des Konrad-Adenauer-Platzes mit Möglichkeit zur Plakatwerbung zu entscheiden.

Frau Niemann schlägt vor, den Beschlussvorschlag unverändert zu belassen, jedoch eine Ergänzung hinzuzufügen. Demnach sollen die zuständigen Fachausschüsse, insbesondere der Umweltausschuss, vorab von der Verwaltung über die geplante Vorgehensweise informiert werden. Im Umweltausschuss soll dann transparent kommuniziert werden, welche Maßnahmen konkret umgesetzt werden.

Frau Heister-Neumann bedankt sich bei Frau Niemann und gibt bekannt, dass das Thema Konrad-Adenauer-Platz nach der Rede des Bürgermeisters vor der Sommerpause weiter diskutiert und im Herbst entschieden werden soll. Sie fragt Herrn Winkelmann, ob er seinen Antrag weiterhin aufrechterhält.

Herr Winkelmann zieht aufgrund der Aussagen des Bürgermeisters seinen Antrag zurück.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen sodann einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Das vorliegende Grünflächenkonzept wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, das Grünflächenkonzept schrittweise umzusetzen.

TOP 13 Festlegung der strategischen Ziele für den Haushalt 2027

V012/26

V012a/26

Herr **Immo Moshagen** trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Frau Schadebrodt stimmt den Ausführungen von Herrn Moshagen zu, die mittelfristigen Ziele für das kommende Jahr beizubehalten bzw. im Bereich Natur und Umweltschutz die in der A-Vorlage dargestellten Veränderungen vorzunehmen. Sie hebt vier Themengebiete hervor, die besonders beachtet werden sollten. Dies sind die öffentliche Sicherheit und Ordnung verbunden mit der Sauberkeit der Innenstadt, die bedarfsgerechte Gestaltung von Grundschulen und Kindertagesstätten sowie die Entwicklung der Innenstadt. Frau Schadebrodt lobt die Maßnahmen der Verwaltung zur Entwicklung des Conringviertels, der nordwestlichen Altstadt und von Kramer's Gut, sieht aber kritisch den Umgang mit dem kommunalen Wärmeplan und den Leerstand in der Fußgängerzone. Sie fordert die städtische Wirtschaftsförderung auf, schnellstmöglich Prioritäten zu setzen und aktiv zu werden, um die Leerstände in der Innenstadt zu bekämpfen.

Herr Schobert betont, dass eine Priorisierung neuer Aufgaben durch die Wirtschaftsförderung zwangsläufig zu einer Reduzierung anderer Projekte führen würde. Die Stelle sei mit 39 Stunden pro Woche bereits voll ausgelastet. Er fordert den Rat auf, über die Streichung bestimmter Aufgaben zu diskutieren, falls neue Prioritäten gesetzt werden sollen. Andernfalls müsste eine Vollzeitstelle die Arbeit von anderthalb bis vier Stellen leisten. Weiterhin hebt er die Dringlichkeit einer verstärkten Präsenz im Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung hervor. Er verweist auf die im Fachausschuss dargestellten Bedürfnisse und betont, dass die Personalausstattung bereits an die finanziellen Möglichkeiten angepasst sei. Um den Herausforderungen gerecht zu werden, benötige er mehr Personal. Herr Schobert sieht in den Eckwerten für das Jahr 2027 die Möglichkeit, diese Forderung umzusetzen und erwartet Anträge zur Aufstockung des Personals. Er betont, dass eine bloße Umverteilung bestehender Ressourcen nicht ausreichen würde, um die gesteckten strategischen Ziele zu erreichen.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen sodann einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Die in der Anlage 1 genannten strategischen sowie mittelfristigen Ziele werden für das Haushaltsjahr 2027 festgesetzt und die grün markierten mittelfristigen Ziele werden aktiviert.

Hinweis: Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegen.

TOP 14 Festlegung der wesentlichen Produkte für den Haushalt 2027

V017/26

Frau **Yvonne Müller** trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen sodann einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Es werden die in der Anlage 1 grün markierten Produkte als "wesentliche Produkte" für das Haushaltsjahr 2027 festgesetzt.

Hinweis: Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegen.

TOP 15 Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2027

V018/26

V018a/26

Herr **Rudolf Jannik Meyer-Sorge** trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag. Er schlägt vor, den Antrag auf zusätzliche 10.000 Euro für die Caritas in die Haushaltsberatungen zu verschieben, um abzuwarten, ob diese bis dahin Drittmittel finden kann.

Frau Heister-Neumann bittet Herrn Strümpel, die Sitzungsleitung zu übernehmen, da sie selbst zu der Thematik sprechen möchte.

Herr Strümpel erteilt Frau Heister-Neumann das Wort.

Frau Heister-Neumann erklärt, warum sie dem Eckdatenbeschluss nicht zustimmen kann. Sie betont, dass der Eckdatenbeschluss ursprünglich dazu dienen sollte, bei finanziellen Schwierigkeiten Leitplanken für den Haushalt zu setzen und so ein detailliertes Ringen um einzelne Posten in der Haushaltsberatung zu vermeiden. Sie kritisiert jedoch, dass der vorliegende Vorschlag von der Verwaltung üppig ausgestattet sei und vom Rat in den Ausschüssen sogar noch weiter aufgebläht wurde. Angesichts eines prognostizierten Defizits von über 16 Millionen Euro und der Notwendigkeit, Liquiditätskredite aufzunehmen, lehnt sie den Beschluss ab.

Frau Heister-Neumann übernimmt daraufhin wieder die Sitzungsleitung.

Frau Schadebrodt kritisiert den Eckdatenbeschluss. Sie argumentiert, dass die Eckdaten weder als fiskalische Richtlinie für den Haushalt dienen noch den Aufbau von Fehlbeträgen eindämmen. Stattdessen sieht sie in den Beratungen eine vorzeitige Haushaltsberatung, bei der bereits konkrete Projekte und Vorhaben für das kommende Jahr eingepreist wurden. Sie befürchtet, dass diese Vorgehensweise das Haushaltsdefizit eher erhöhe und lehnt den Eckdatenbeschluss daher ab.

Herr Moshagen stimmt den Ausführungen der vorherigen Rednerinnen zum Thema Eckwerte zu. Er selbst würde diese gerne abschaffen, akzeptiert aber die Einigung und sieht es als Aufgabe des neuen Rates, darüber zu entscheiden. Er betont, dass die aktuelle Haushaltssituation durch den Rückgang der Gewerbesteuer geprägt ist, ein Problem, das nicht durch die Eckwerte beeinflusst werden kann. Er warnt davor, der Beratung über Eckwerte magische Wirkungen zuzusprechen.

Herr Ryll, nachdem die Beschlussvorlage eine Grundsatzdiskussion ausgelöst hat, erinnert an den Wunsch nach einem Eckwertebeschluss, den Uwe Strümpel und Wolfgang Kalisch vor Jahren geäußert hatten. Er verweist auf die intensiven Diskussionen des vergangenen Jahres über das Prozedere der Eckwertebeschlüsse und den damit verbundenen Prozess. Er betont, dass man in diesem Jahr einen

neuen Prozess ausprobiert hat, der zwar noch nicht alle Wünsche erfüllt, aber reflektiert und im nächsten Jahr optimiert werden soll.

Frau Girod nimmt wieder an der Ratssitzung teil. Somit sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

Herr Schobert betont die Wichtigkeit der von Frau Heister-Neumann vorgebrachten Ausführungen zu den Eckwerten für den Haushalt. Er sieht die Aufgabe des Rates darin, im Rahmen dieser Vorgaben politische Entscheidungen zu treffen und gegebenenfalls auch Nein zu sagen, was in einem Kommunalwahljahr besonders schwierig sei. Er plädiert dafür, sich auf die wichtigsten Projekte zu konzentrieren und die strategischen Ziele im Hinblick auf die finanziellen Möglichkeiten zu überprüfen. Um schmerzliche Einschnitte in Zukunft zu vermeiden, schlägt er eine einheitliche Linie im Rat vor, sowohl intern als auch nach außen. Er hebt hervor, dass bei der Erstellung der Eckwerte erstmals Ortsräte und Fachausschüsse eingebunden wurden. Progressive Anträge, die nicht in den Rahmen passten, seien entfernt worden. Herr Schobert bekräftigt seinen Willen, den finanziellen Gesamtrahmen einzuhalten und appelliert an eine gemeinsame Suche nach Einsparungen. Er hofft, dass die beschlossenen Eckwerte auch im Haushalt 2027 Bestand haben werden.

Herr Romba widerspricht den Aussagen des Bürgermeisters und betont, dass die Entscheidung des Rates bezüglich des Stadtteilbüros nicht aus kommunalpolitischen Gründen getroffen wurde. Er weist die Schuldzuweisungen des Bürgermeisters zurück und fragt, ob die Verwaltung über die Schließung des Stadtteilbüros im Jahr 2026 informiert war und warum dies nicht in die Haushaltsplanung für 2027 einbezogen wurde. Er betont, dass es den Ratsmitgliedern um Sachpolitik geht und er sich weigert, Vorträge aufgrund von Kommunalwahlkampf zu halten. Bezüglich des Eckdatenbeschlusses erklärt er, dass dieser den Kriterien, die in einer vorherigen Infoveranstaltung mit dem Ersten Kreisrat aufgezeigt wurden, nicht entspricht. Er sieht es als Aufgabe des Rates, auf Entwicklungen wie den Rückgang der Gewerbesteuer zu reagieren und plädiert dafür, "Maß" zu halten. Aus diesen Gründen kann er den Eckdatenbeschluss in seiner jetzigen Form nicht unterstützen.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen sodann mit 25 JA-Stimmen bei 5 NEIN-Stimmen sowie 4 Enthaltungen den nachfolgenden

Beschluss

1. Die in Anlage 2 enthaltenen Maßnahmen werden Bestandteil der Eckdaten.
2. Das Defizit im Ergebnishaushalt für das Haushaltsjahr 2027 wird auf 16.183.300 Euro festgesetzt.
3. Die maximale Kreditaufnahme für das Haushaltsjahr 2027 wird nicht beschränkt. Die Verwaltung wird zum Haushaltsplanentwurf 2027 die Baumaßnahmen in einer Prioritätenliste darstellen.
4. Nach dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ist die Umsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zu prüfen, um eine Reduzierung des Fehlbedarfs zu erreichen.

Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegt.

**TOP 16 Umsetzung des Kommunalen Wärmeplans - Erste Maßnahmen für 2026 -
Beschreibung zur Planung der zentralen Wärmeversorgung des Conringviertels; -
abgesetzt -**

V002b/26

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**TOP 17 Stadtsanierung Helmstedt; Sanierung "Nordwestliche Altstadt" - Beschluss über die
Fortschreibung der Voruntersuchung/ des Integrierten Entwicklungskonzeptes
(ISEK)**

V038/26

V038a/26

V038b/26

Herr **Andreas Fox** trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Ryll stellt für die Gruppe CDU/Bündnis 90 Die Grünen den Antrag, in Ziffer 1 des Beschlussvorschlages das "Meibomsche Haus" zu streichen und in Ziffer 2 das Wort "vorliegenden" in "geänderten" zu ändern. Herr Ryll entschuldigt sich dafür, dass sein Änderungsantrag nicht bereits in der vergangenen Woche im VA gestellt wurde. Er erklärt, dass es ein Versäumnis war und bedankt sich bei den Kollegen der anderen Gruppen für die schnelle und spontane Zusammenarbeit, nachdem er ihnen den Antrag am Dienstag erläutert hatte. Er betont, dass die Änderungen im Antrag zwar auf den ersten Blick gering erscheinen mögen, aber gravierende Auswirkungen haben.

Frau Girod spricht sich gegen den Änderungsantrag der Gruppe CDU/Bündnis 90 Die Grünen aus. Sie argumentiert, dass das Meibomsche Haus sowohl als Kulturdenkmal als auch als eines der zwölf erhaltenen mittelalterlichen Professorenhäuser von Bedeutung ist. Sie hebt die herausragende Rolle des Professors Meibom hervor und betont, dass bereits umfangreiche Vorarbeiten wie eine Voruntersuchung, die Freilegung des Hauses und der Erwerb des Grundstücks erfolgt sind. Sie warnt davor, dass eine Ablehnung den bereits investierten Aufwand von Zeit, Arbeit und Geld zunichtemachen würde und plädiert dafür, das Haus in das Städtebauförderungsprogramm aufzunehmen.

Frau Heister-Neumann bittet Herrn Strümpel, die Sitzungsleitung zu übernehmen, da sie selbst zu der Thematik sprechen möchte.

Herr Strümpel erteilt Frau Heister-Neumann das Wort.

Frau Heister-Neumann appelliert an die Anwesenden, den Antrag von Herrn Ryll zu unterstützen. Sie betont die Bedeutung der Altstadterhaltung und verweist auf bereits erfolgreich umgesetzte Maßnahmen. Im Fokus ihrer Rede steht die Sanierung von Kramer's Gut, für die geschätzte Kosten von 20 Millionen Euro anfallen. Trotz Fördermitteln von ca. 14 Millionen Euro bleibt ein Defizit von sechs Millionen Euro. Sie rechnet zudem mit weiteren Kostensteigerungen und verweist auf das Meibomsche Haus, dessen Sanierung trotz Zuschüssen ebenfalls hohe Kosten verursachen würde. Sie warnt vor dem Verlust des Realitätssinns in der Kommunalpolitik und plädiert dafür, sich zunächst auf die Sanierung von Kramers Gut zu konzentrieren. Angesichts des finanziellen Defizits der Stadt und der bereits beschlossenen Kredite sieht sie die Notwendigkeit, weitere Großprojekte wie die Sanierung des Meibomschen Hauses vorerst zurückzustellen.

Frau Heister-Neumann übernimmt daraufhin wieder die Sitzungsleitung.

Frau Schadebrodt spricht sich für den Änderungsantrag der Gruppe CDU/Bündnis 90 Die Grünen aus. Sie verweist auf die kritische finanzielle Bewertung des Kaufs von Kramers Gut durch ihre Gruppe und betont die hohen finanziellen und personellen Ressourcen, die die Entwicklung des Objekts erfordert. Zudem sei bis heute kein wirtschaftlicher Betreiber oder ein passendes Konzept gefunden worden, was zusätzliche Zeit und Aufwand bedeute. Sie plädiert dafür, sich zunächst auf das Projekt Kramers Gut zu konzentrieren.

Herr Moshagen erinnert die Anwesenden an den konkreten Gegenstand der Debatte, es gehe um die Sanierung des bestehenden Gebietes. Er betont die Dringlichkeit der Entscheidung und stellt die finanziellen Zusammenhänge dar. Er berechnet die jährlichen Kosten für die Stadt bei unterschiedlichen Förderungsanteilen - ein Drittel oder zehn Prozent - und kommt zu dem Schluss, dass die Belastung zwar spürbar, aber nicht unzumutbar sei. Er plädiert dafür, die Altstadt zu erhalten und die KWG zu unterstützen, indem man die Kosten über die Laufzeit des Projekts bis 2035 verteilt.

Herr Romba, der den Antrag nicht als Spielverderberaktion sieht, appelliert an den Rat, sich auf die grundlegenden Dinge zu besinnen, insbesondere die Finanzierung. Er verweist auf Punkt 2.3.3 der Vorlage, in dem steht, dass die Stadt Helmstedt das Haus erworben und an die KWG abgetreten hat. Romba hebt hervor, dass die private Investition um 900.000 Euro gesenkt wurde und schlägt vor, mit dem aktuellen Eigentümer zu sprechen und ihn zu bitten, sich finanziell stärker zu beteiligen. Er vergleicht die Situation mit anderen Denkmalsanierungen durch Privateigentümer, bei denen die Stadt und die Privatperson gemeinsam Lösungen finden. Er plädiert dafür, in einen Dialog einzutreten und bittet um Unterstützung für den Antrag von Herrn Ryll.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten, in der Herr Otto den anwesenden Ratsmitgliedern die aktuelle Situation darstellt.

Frau Heister-Neumann gibt bekannt, dass die Sitzungsunterbrechung beendet ist und dankt für den Austausch.

Herr Fox lehnt den Vorschlag ab, das Meibomsche Haus aus dem Sanierungsprojekt zu entfernen. Er argumentiert, dass die damit verbundenen Kosten von 1 Million Euro, wovon 900.000 Euro vom Land getragen werden, im Vergleich zu den Vorteilen gering sind. Er hebt hervor, dass die Sanierung des Meibomschen Hauses als Anziehungspunkt für Helmstedt erhalten und ausbauen würde. Zudem würde die Stadt auf private Investitionen in Höhe mehrerer Millionen verzichten, wenn man den Änderungsantrag annehmen würde. Er appelliert an den Rat, das Meibomsche Haus im Antrag zu behalten.

Zunächst lässt Frau Heister-Neumann über den Änderungsantrag von Herrn Ryll abstimmen. Dieser wird mit 21 JA-Stimmen bei 12 NEIN-Stimmen sowie 1 Enthaltung angenommen.

Im Anschluss daran lässt sie über die Gesamtvorlage abstimmen. Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen sodann mit 31 JA-Stimmen bei 1 NEIN-Stimme sowie 2 Enthaltungen den nachfolgenden geänderten

Beschluss

1. Der Erweiterung des Integrierten Entwicklungskonzeptes (ISEK) für die Nordwestliche Altstadt um die Maßnahme "Kramers Gut" wird zugestimmt.
2. Der Kosten- und Finanzierungsübersicht (Kofi) für die Nordwestliche Altstadt in der geänderten Fassung wird zugestimmt.
3. Die Stadt Helmstedt wird den durch Einnahmen und Städtebaufördermittel des Landes nicht gedeckten zusätzlichen Teil der Ausgaben für die Finanzierung der Gesamtmaßnahme entsprechende Mittel aus dem Haushalt der Stadt bereitstellen.

TOP 18 Abwasserentsorgung Helmstedt (AEH); Beitrittsbeschluss zur Teilgenehmigung des Haushalts 2026; Kürzung der Kreditermächtigung für Investitionsmaßnahmen

V043/26

Herr **Hans-Jürgen Schünemann** trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen sodann einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Unter Berücksichtigung der Teilgenehmigung des Landkreises Helmstedt vom 06.03.2026 zum Haushalt 2026 der Abwasserentsorgung Helmstedt wird folgender Beitrittsbeschluss gefasst:

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird von 4.900.000 Euro um 3.000.000 Euro auf 1.900.000 Euro reduziert. Eine Anpassung des Investitionsplans ist nicht erforderlich.

TOP 19 Bekanntgaben

TOP 19.1 Vorfahrtregelung und Tempo-30-Zonen Leuckartstraße und Gartenstraße

B008/26

Frau Heister-Neumann verweist auf die schriftlich vorliegende Bekanntgabe.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt nehmen die Bekanntgabe sodann zur Kenntnis.

TOP 19.2 Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Bereich der KiTa St. Ludgeri

B010/26

Frau Heister-Neumann verweist auf die schriftlich vorliegende Bekanntgabe.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt nehmen die Bekanntgabe sodann zur Kenntnis.

TOP 19.3 Vorläufiges Jahresergebnis 2025

B006/26

Frau Heister-Neumann verweist auf die schriftlich vorliegende Bekanntgabe.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt nehmen die Bekanntgabe sodann zur Kenntnis.

TOP 19.4 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen im Haushaltsjahr 2025

B017/26

Frau Heister-Neumann verweist auf die schriftlich vorliegende Bekanntgabe.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt nehmen die Bekanntgabe sodann zur Kenntnis.

TOP 19.5 Übertragung von Ermächtigungen / Haushaltsresten in das Jahr 2026

B016/26

Frau Heister-Neumann verweist auf die schriftlich vorliegende Bekanntgabe.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt nehmen die Bekanntgabe sodann zur Kenntnis.

TOP 19.6 Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026

B001/26

Frau Heister-Neumann verweist auf die schriftlich vorliegende Bekanntgabe.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt nehmen die Bekanntgabe sodann zur Kenntnis.

TOP 19.7 Ausschreibung der Planung für den Rathausplatz und -spielplatz in Büddenstedt

B003/26

Frau Heister-Neumann verweist auf die schriftlich vorliegende Bekanntgabe.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt nehmen die Bekanntgabe sodann zur Kenntnis.

TOP 20 Einwohnerfragestunde

Den teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohnern wird erneut Gelegenheit gegeben, sich zu den Tagesordnungspunkten und zu sonstigen Angelegenheiten der Gemeinde zu äußern, sowie Fragen an die Ratsmitglieder und die Verwaltung zu stellen. Hiervon wird in einem Fall zum Thema "Bürgerversammlung in Büddenstedt, Maßnahmen von Energieunternehmen" Gebrauch gemacht.

Herr Schobert beantwortet diese Frage.

TOP 21 Schließung des öffentlichen Teils der Ratssitzung

Frau Heister Neumann schließt um 19.29 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.
